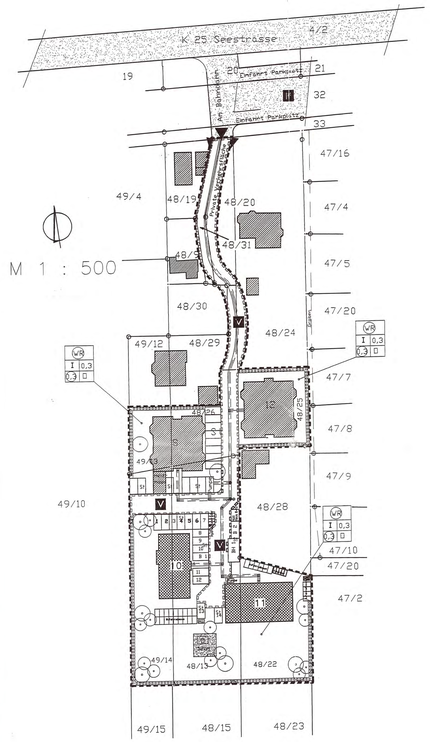
VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR. 43
DER GEMEINDE ZINGST, SEESTRASSE

Teil A
PLANZEICHNUNG



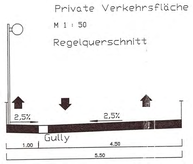
Zeichenerklärung

Festsetzungen
Es gilt die BauNVO i. d. F. vom 23.01.1990, geändert durch Gesetz vom 22.04.1993

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Vorhaben- und Erschließungsplanes	§9(7)BauGB
WR I 0,3 0,3 D	Reines Wohngebiet Zahl der Vollgeschosse Grundflächenzahl	§4 BauNVO §16 BauNVO §16 BauNVO
GR	Geschoßflächenzahl	§16 BauNVO
O	offene Bauweise	§§22+23BauNVO
	Kinderspielfläche	§9 Abs.1, Nr.15 BauGB
St	Fläche für KFZ Stellplätze	§9(1)4 BauGB
	Flächen zum Anpflanzen von Sträuchern und Hecken, 1,50m breit (Vorgl. 4.7)	§9(25) BauGB
	Anpflanzung von Bäumen	§9(25) BauGB
	Mit Geh- Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche	§9 Abs.1, Nr.21 u. Abs.6 BauGB
FGR	Straßenverkehrsfläche	§9 Abs.1 Nr.11 und Abs.6 BauGB
	Kennzeichnung der geplanten Bebauung	
	vorhandene Baulichkeiten	
	Leitungsführung : Abwasser, Brauchwasser, Elt, Gas. Mit Übergabepunkt.	
	Sammelplatz für wiederverwertbare Wertstoffe	
SPIEL	Spielfläche	§9 Abs.1(5) BauGB
48/5	Flurstücksnummern der angrenzenden Grundstücke	
48/28	Flurstücksnummern der zu bebauenden Grundstücke	
10	Hausnummern der Gebäude	
V	Verkehrsberuhigter Bereich	§9 Abs.1(11) und Abs.6 BauGB
P	öffentliche Parkfläche	
	Einfahrt	
	Einfahrtsbereich	
1	Stellplatz für Wohneinheit	
B	Besucherstellplatz	
BP	Behindertenstellplatz gem&B EAR 91 , 3,50m x 7,50m	

Private Verkehrsfläche
M 1 : 50

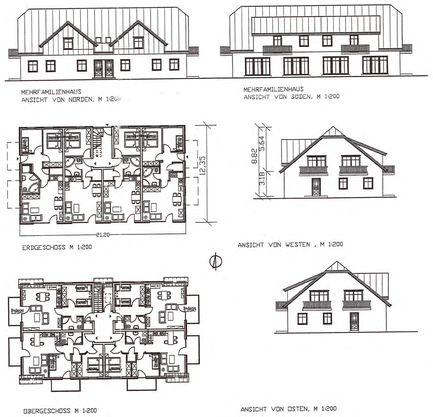
Regelquerschnitt



Kategoriegruppe E : angebauter Weg innerhalb bebauter Gebiete mit maßgebender Aufenthaltsfunktion.
Anliegerweg
Begegnungsfall : Pkw/R
Pkw/Pkw
Lfw/Pkw
Lfw/R
Verkehrsstärke : <= 30 Kfz/n
Höchstgeschwindigkeit <= 30 km/n

Am Bahndamm 10

Am Bahndamm 11



SATZUNG

Über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.43 Seestrasse in Seeheilbad Zingst mit örtlichen Bauvorschriften gemäß §86 Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern Aufgrund des §10 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 26.11.2001 (BGBl.I S.3138) gültig seit dem 01.01.2002, sowie nach §9 Abs.4 BauG in Verbindung mit §86 des Gesetzes über die Bauordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 06.05.1998 (GVOBl.M-V. S.468, ber. S.612) zuletzt geändert durch Art.6 des Gesetzes vom 09.08.2002 (GVOBl. S.531) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeinde Zingst von
Folgende Satzung über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.43 Seestrasse in Seeheilbad Zingst, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) erlassen:

TEIL B TEXTTEIL

1. Art der baulichen Nutzung nach §9 Abs.1 BauGB
Reines Wohngebiet (WR gemäß §3(1) BauNVO). Die zu errichtenden Gebäude sind Wohngebäude. Ausnahmsweise zugelassene Anlagen wie unter §3 (3) und 4) BauNVO gergestellt sind nicht zugelassen Es sei denn es handelt sich um untergeordnete Anlagen, die in den Abstandsflächen der Gebäude zulässig sind.

2. Maß der baulichen Nutzung nach §9 Abs.1 BauGB
2.1. Traufhöhe und Firsthöhe
Die Oberkante(Trauf-kante wird im Mittel mit 1.50m festgelegt, Bezugsbunkt für die folgenden angegebenen Höhen ist die Oberkante Strasse.
Die Traufhöhen der Gebäude Am Bahndamm betragen: Nr. 8 : 4.69m
Nr.10: 3.00 m
Nr.11: 3.18 m
Nr.12: 4.32 m
Die Firsthöhen der Gebäude Am Bahndamm betragen: Nr. 8 : 9.79 m
Nr.10: 7.56 m
Nr.11: 8.82 m
Nr.12: 9.75 m.

2.2. Grundflächenzahl
Hinsichtlich der möglichen Überschreitungen in bezug auf die Nebenanlagen gilt die Baunutzungsverordnung.
2.3. Dachform nach § 9, Abs.1 Nr.26 BauGB
Satteldächer mit harter Deadcung und 40 Grad Dachneigung sowie Krüppelwalmen und Dachgauben

3. Führung von Versorgungsleitungen nach §9 Abs.1 Nr. 13 BauGB
Alle der Versorgung dienenden Leitungen sind unterirdisch und innerhalb der festgesetzten verkehrsflächen zu führen: Das Saugobst wird an die in der Seestrasse verlaufenden Strom-Gas-Wasser- und Abwasserleitungen angeschlossen. Das Abwasser läuft zentral in ein Pumpwerk und wird von dort in die öffentliche kanalisation in der Seestrasse geleitet.

4. Verkehrsflächen nach §9 Abs.1 Nr.11 BauGB
Die Fahrwege werden mit Verbundpflaster ausgelegt. Die Stellplatzflächen werden als abflusslos befestigte Flächen mit hoher Versickerungsfähigkeit und geringer Auswirkung auf die natürliche Funktion des Bodens ausgelegt. Wasser- und Luftdurchlässigkeit wesentlich mindernde Befestigungen wie Betonunterau, Fugenverguss, Asphaltierungen und Betonierungen sind unzulässig.

5. Heizungsbeschränkung nach §9 Abs.1 Nr.23 BauGB
Die Verwendung von festen Brennstoffen und Flüssiggas ist nicht zulässig. Ausnahmsweise kann je Baugrundstück eine Feuerungsanlage für feste fossile Brennstoffe zugelassen werden, wenn diese zur Raumwärmeversorgung der jeweiligen Wohnung von untergeordneter Bedeutung ist.

6. Bodendenkmalpflege nach §9 Abs.6 BauGB
a) Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß §11 DschG M-V i.V.m. §8(1) M-V Nr.1 vom 14.1.1998,S.12ff.) die zuständige Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unveränderten Zustand zu halten. Verantwortlich hierfür sind der Entdecker, der Leiter der arbeiten , der Grundstückseigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt fünf Tage nach Zugang der Anzeige.
b) Der Beginn der Erdarbeiten ist der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege spätestens zwei Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, dass Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Bodendenkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und eventuell auftretende Funde gemäß §11 DschG M-V unverzüglich bergen und dokumentieren können.

7. Die dargestellten Haustypen sind Bestandteil der Satzung

8. Grünordnungsplan nach §9 Abs.1 und 1a BauGB
Im Folgenden werden Möglichkeiten zur Umsetzung der geschilderten Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen in textliche Festsetzungen aufgezeigt (aus: Grünordnungsplan zum V+E-Plan Nr.1, (TOPHARA GmbH, 1996 - verändert). Die für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan neu zu berücksichtigenden Festsetzungen sind eingerückt.

8.1. Flächen und Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§9 Abs.1Nr.20 BauGB)
8.11. Maßnahmen zur Vermeidung
Abfließendes Niederschlagswasser von Dachflächen und nicht befahrbaren, befestigten Flächen ist in Sickermulden oder -rinnen aufzufangen und der Versickerung auf dem Grundstück zuzuführen.
Die Befestigung von Grundstücksrestflächen ist nur im Rahmen der festgesetzten Grundflächenzahlen zulässig, wenn dies wegen der Art und Nutzung dieser Flächen erforderlich ist. In diesem Fall sind wasserdurchlässige Baustoffen zu verwenden.
Stellplätze sind nur in den dafür ausgewiesenen Flächen zulässig und dürfen nur mit Sickerpflaster bis-Pflaster mit Rasenfugen ausgeführt werden. Eine vollversiegelte Befestigung ist nicht zulässig.

Erhaltung von Bäumen und Sträuchern nach §9 Abs.1 Nr.25 b BauGB
Die Befestigung von Grundstücksrestflächen ist nur mit wasserdurchlässigen Baustoffen zulässig.
Der vorhandene Baumbestand ist gemäß Planzeichnung zu erhalten.
In jeder Phase der Baudurchführung sind die zu erhaltenden Bäume und Sträucher gemäß DIN 18920 vor schädigenden Einflüssen zu schützen. Wenn zwingende gründe die Entnahme von Gehölzen erfordern, sind für zu entfernende Gehölze Ersatzpflanzungen gemäß Gehölzschutzsatzung der Gemeinde Seeheilbad Zingst vorzunehmen. Für die in Rahmen der Baumaßnahmen entfernten Bäume (4 Stck.) erfolgt eine Ersatzpflanzung (4Stck.) gemäß Gehölzschutzsatzung der Gemeinde Seeheilbad Zingst.

8.12. Maßnahmen zur Vermeidung von Eingriffen
Begrenzung der Versiegelung Verkehrsflächen §1 (3) Nr.11 BauGB.
Strassen- und Verkehrsflächen sind wasser- und luftdurchlässig auszubauen.
8.12. Maßnahmen zum Ausgleich von Eingriffen Flächen zum Schutz zur Pflege und Entwicklung von Boden,Natur und landschaft nach §9 Abs.1 Nr.20 BauGB.
An den Grundstücksgrenzen ist auf einer Länge von 150m ein Findlings- und Schichtholzhabitat von 1m Höhe und 1m Breite anzulegen.
Auf den Grundstücksrestflächen ist die Anlage von naturnahen Sickermulden und-rinnen zur Aufnahme des anfallenden Oberflächenwassers vorgesehen. Dabei ist eine Flächengröße von 4% qm einzuhalten.

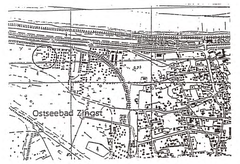
Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen nach §9 Abs.1 Nr.25a BauGB

Die Gehölze müssen mit den Qualitäten den Bedingungen des Bundes Deutscher Baumschulen entsprechen.
Ersatzpflanzungen Für die in Geltungsbereich durch Baumaßnahmen erforderlichen Entnahmen von Bäumen werden Ersatzpflanzungen im Verhältnis 1:1 durchgeführt. Die Ersatzpflanzungen erfolgen im Geltungsbereich des B-Planes (20Stck. in Baugebiet und 15 Stck. auf der für Ersatzmaßnahmen vorgesehenen Fläche).
Für die Bepflanzung der Ausgleichsfläche Flurstück 223, Flur 5, Gmarkung Zingst) mit 15 Bäumen (Qualität Hochstamm, 3x v. 18-20 cm) sind heimische, standortgerechte Arten zu verwenden:
Arten: Betula pendula Birke
Crataegus monogyna Weißdorn
Pinus sylvestris Kiefer
Sorbus aucuparia Eberesche
Für die Bepflanzung der Ausgleichsfläche Flurstück 223, Flur 5, Gmarkung Zingst) mit einem Feldgehölz auf 1213 qm Fläche sind heimische, standortgerechte Arten (Qualität 2xv., ohne Ballen, 60-100cm, 15Stck. pro qm) zu verwenden.
Arten: Betula pendula Birke
Crataegus monogyna Weißdorn
Malus domestica Wildapfel
Quercus robur Eiche
Salix spec. Weiden
Sorbus aucuparia Eberesche
Für die Bepflanzung der Grundstücksrestflächen sind traditionelle Apfel-, Birnen-, Pflaumen- und Kirschsorten als Hochstamm zu verwenden:
Arten: Apfel: Goldparmäne, Prinzenapfel, Roter Boskoop, Gravensteiner
Birnen: Williams Christbirne, Clapps Liebling
Pflaumen: Czarpflaume, Hauszwetsche, Wangenheim
Kirschen: Grosse schwarze Riesenkirsche, Schneiders späte Knorpelkirsche, Kassins Frühe, Hedelfinger Riesenkirsche
(Qualität: Hochstamm, STU 14/16 cm, 3xv.)

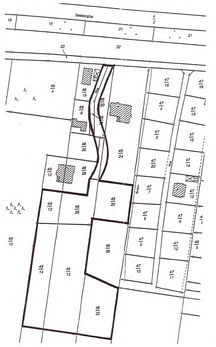
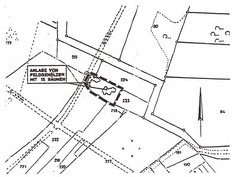
Alternativ zum Schichtholzhabitat ist folgende Festsetzung zu berücksichtigen:
Zur Abgrenzung von hinteren Grundstücksbereichen sind ihre Ausnahme Heckenpflanzungen (Qualität: Sträucher, 2xv., 60-100 cm, 5 Stck. pro qm, 2-reihig gepflanzt, 1,5m breit) zulässig. Maschendrahtzäune sind nur in verbindung mit Heckenpflanzungen erlaubt.

Weiterhin ist folgende Festsetzung zu berücksichtigen:
Grünflächen nach §9 Abs.1 Nr.15 BauGB:
Auf den Abstandsflächen zwischen Bebauung und Waldrand ist eine Befestigung (Terrasse,Sitzplätze) sowie das Aufstellen von Spielgeräten nicht zulässig.

Übersichtsplan



Lageplan M 1 : 1000



Lage der Ersatzfläche für Anpflanzungen